

**Bündnis 90/ Die Grünen
im Kreistag Landkreis Schweinfurt**

Fraktionssprecherin
Birgid Röder
Hermann-Löns-Str. 10
97447 Gerolzhofen
09382/8879



Herrn Landrat
Florian Töpfer
Landratsamt Schweinfurt
Schrammstr. 1
97421 Schweinfurt

Gerolzhofen, den 11. März 2015

Sehr geehrter Herr Landrat Töpfer,

**zur Kreistagssitzung am 18.03.2015 zu TOP 1: Südlink- Resolution,
bitten wir um Beratung und Beschluss unseres Änderungsantrag**

Zum Bedarf der SuedLink-Leitung

Der Kreistag des Landkreises Schweinfurt erkennt – auch und gerade vor dem Hintergrund des im Landkreis Schweinfurt gelegenen Atomkraftwerks Grafenrheinfeld – die Notwendigkeit der Energiewende an. Die Energiewende ist vorrangig dezentral zu gestalten. Angesichts der Tatsache, dass die Nutzung von Wasserkraft und Biomasse aus ökologischen Gründen stark beschränkt ist, wird ein Schwerpunkt der Stromversorgung der Zukunft auf der Wind- und Solarenergie liegen. Gerade dies erfordert einen überregionalen Netzausbau um ein regional unterschiedliches Stromangebot mit der Stromnachfrage auszugleichen. Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass der Transport von „überschüssigem“ Strom grundsätzlich wirtschaftlicher ist, als dessen Speicherung.

Der Bedarf für die SuedLink-Leitung ist in einem langen Prozess unter Einschaltung von externen Gutachtern von der Bundesnetzagentur als unabhängige Bundesbehörde festgestellt worden und durch das von der schwarz-gelben Bundesregierung (CDU / CSU /

FDP) vorgelegte Bundesbedarfplangesetz von Bundestag und Bundesrat im Jahr 2013 beschlossen worden.

Die zwischenzeitlich von der Großen Koalition in Berlin (EEG) und von der CSU-Staatsregierung in München (10H-Regelung) beschlossenen Einschränkungen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien werden das Tempo der Energiewende abbremsen. Ein neuer Szenariorahmen 2025 hat dies berücksichtigt. Der Szenariorahmen 2025 ist nach einer Öffentlichkeitsbeteiligung zum Ende des Jahres 2014 von der Bundesnetzagentur genehmigt worden. Darauf aufbauend wird derzeit ein neuer Netzentwicklungsplan diskutiert. Dieser enthält die SuedLink-Verbindung weiterhin.

Der Bayerische Energiedialog war ein sinnvolles Gremium um Argumente zu verschiedenen Aspekten der Bayerischen Energiepolitik und damit auch des Netzausbaus auszutauschen. Es ist jedoch nicht sinnvoll den Bedarf für den Netzausbau auf der Ebene der Bundesländer zu entscheiden, da es nicht wirtschaftlich ist, dass sich die einzelnen Bundesländer zu jeder Stunde autonom mit Strom versorgen.

Zu den Leitungsendpunkten

Die optimalen Endpunkte einer HGÜ-Leitung ergeben sich aus netztechnischen Berechnungen. Es ist naheliegend, dass Orte an denen in der Vergangenheit Großkraftwerke Strom eingespeist haben dafür in gewisser Weise prädestiniert sind, da dort in der Regel bereits ein ausgebautes 380-kV-Netz zum Weitertransport des Stroms zur Verfügung steht.

Sämtliche HGÜ-Projekte dienen nicht der Versorgung der Regionen der jeweiligen Endpunkte, sondern sind ein Beitrag zur Stabilität des deutschen Stromnetzes

Die konkrete Gestaltung im Landkreis Schweinfurt

Der Landkreis Schweinfurt ist seit vielen Jahren durch Infrastrukturmaßnahmen im Verkehrs- und Strombereich belastet. Eine besondere Belastung ergibt sich aufgrund der Bündelung mehrerer vorhandener und neuer Übertragungsleitungen sowie von Umspann- und Konverterstationen im Bereich der Gemeinde Bergrheinfeld. Die neue Stromleitung wird diese Belastung weiter erhöhen. Wir fordern, daß der Übertragungsnetzbetreiber TenneT und die Bundesnetzagentur darauf Rücksicht nehmen. Dabei sollte es darum gehen, durch Bündelung neuer und bestehender Stromleitungen, Bündelung mit anderen Infrastruktureinrichtungen und insbesondere durch Erdverkabelung die Belastungen zu reduzieren bzw. zu minimieren. Ziel wäre statt der geplanten Freileitung eine komplette Erdverkabelung der SuedLink-Leitung im Landkreis Schweinfurt sowie anderer neuer oder vorhandener Hochspannungsleitungen im Bereich Bergrheinfeld. Die dabei anfallenden zusätzlichen Kosten sollen vom Netzbetreiber TenneT getragen werden und als Kostenbestandteil auf die Netzentgelte umgelegt werden können. Bundestag und Bundesrat

müssen das EnLAG (Energieleitungsausbaugesetz) dahingehend novellieren, dass Erdverkabelung möglich wird.

Mit neuartigen Kunststofferdkabeln, die seit einem halben Jahr im Markt verfügbar sind, werden die Kosten deutlich unter den bisherigen Kosten von Erdkabeln liegen. Die Erdkabel werden in der Landschaft so gut wie nicht sichtbar sein und sie werden keine den Menschen beeinträchtigende Emissionen verursachen.

Der Kreistag fordert den Landrat auf, dieses Anliegen in direkten Gesprächen TenneT und der Bundesnetzagentur vorzutragen. Die Mitglieder des Kreistags werden aufgefordert in ihren politischen Zusammenhängen sich dafür einzusetzen, dass die dafür notwendigen rechtlichen Änderungen auf Bundesebene vorgenommen werden.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich in der Kreistagssitzung.

*Wir stellen unseren Antrag zur Diskussion und freuen uns über Ihre Zustimmung.
Mit freundlichen Grüßen!*

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Birgit Schmitt, Udo Rumpel, Paul Knoblach, Thomas Vizl, Walter Rachle und Birgid Röder